



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Klima und
Energie -

Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 29. Juni 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-24-0002

Neue Hochspannungstrasse im Wiesbadener Osten - ein Kommunikationsdebakel
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vom 05.05.2021 -
- Beschluss Nr. 221 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021 -

Beschluss Nr. 0221 der Stadtverordnetenversammlung vom 20.05.2021

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem inhaltlich zuständigen Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zu berichten,
 - a. ab welchem Zeitpunkt die LHW in die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens und somit auch in die Vorabstimmung involviert war, bzw. seit wann und durch wen die LHW (welches Amt/Dezernat?) über dieses Vorhaben informiert war.
 - b. welche Akteure der öffentlichen Belange in eben diese Vorbereitung involviert waren.
 - c. wie genau die Vorabstimmung ausgesehen hat.
 - d. wann und in welcher Form die Ortsbeiräte und Grundstückseigentümer über die Pläne informiert wurden.
 - e. wie den Belangen der betroffenen Stadtbezirke angemessen Rechnung getragen werden kann.
 - f. eine vergleichende Darstellung der Möglichkeiten einer Erdverkabelung und einer Stromtrassenrealisierung vorzulegen, hinsichtlich des Flächenbedarfes, des Eingriffes in den Naturraum, der Strahlenbelastung sowie der Kosten.
 2. die weitere Vorgehensweise in Bezug auf das Planfeststellungsverfahren vorzustellen.
 3. zu berichten, welche möglichen gesundheitlichen Risiken mit der neuen Hochspannungstrasse einhergehen könnten bzw. nicht auszuschließen sind.
 4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Bereitschaft der Syna GmbH, mit Betroffenen und Vertreterinnen und Vertretern aus dem Ortsbeirat Kloppenheim in konkrete Gespräche zur Trasse einzutreten, und unterstützt den entsprechenden Beschluss des Ortsbeirates Kloppenheim vom 19.05.2021.
-

Ergänzungsantrag von DIE LINKE. Stadtfraktion für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 29.6.2021 zu TOP 3 (21-F-24-0002)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

dem inhaltlich zuständigen Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zusätzlich zu den Punkten 1. a-f aus dem Beschluss 0221 vom 20. Mai 2021 (Stadtverordnetenversammlung) zu berichten wie folgt:

- g. welche möglichen gesundheitlichen Risiken mit der geplanten Hochspannungstrasse einhergehen könnten bzw. nicht auszuschließen sind,
 - h. wurde dem Faktor Umwelt- und Naturschutz vorher ausreichend Rechnung getragen, ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen,
 - i. welche geschützten und bedrohten Tier- und Pflanzenarten von den Maßnahmen betroffen werden und wie diese geschützt werden können,
 - j. inwiefern stehende und fließende Gewässer bzw. das Grundwasser von den Maßnahmen betroffen werden und wie diese geschützt werden können,
 - k. wie soll die mit der Baumaßnahme verbrauchte und folgend vollversiegelte Fläche ausgeglichen werden.
-

Beschluss Nr. 0023

1. Die Präsentationen von Herrn Lautz (SW Netz), Herrn Möser (Syna GmbH) sowie Herrn Stadtrat Kowol werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist einschließlich des Ergänzungsantrags der Fraktion Die Linke durch Aussprache erledigt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2021

Dezernat IV
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister